



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/IX/123 - 31.5.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Zum Kölner CDU-Parteitag	S. 1
Der Balkanpakt in italienischer Sicht	S. 3
Die Aussinandersetzung um die "Legion Condor"	S. 5
Kein Ende des "Schrott-Krieges" in Rheinland-Pfalz	S. 6

Müder Parteitag

(sp) Der CDU-Parteitag am Wochenende in Köln war eine Stätte der Deklamation, nicht der Diskussion. Auf der Abschlußkundgebung fügte der Vorsitzende der Partei, Bundeskanzler Adenauer, diesem Bild noch die Vorunglimpfung des politischen Gegners hinzu, die während der Tagung selbst vermieden worden war. Es gab nur einen nicht-eingeplanten Zwischenfall - die Diskussion über Fragen der deutschen Einheit am Sonnabendvormittag. Sie warf ein trübes Bild auf die Einstellung großer Teile der CDU zum Problem der Wiedervereinigung und wurde, da der unschöne Eindruck höchst peinlich zu werden drohte, mit hartem Griff abgewürgt.

Daneben interessierte noch einigermaßen das Auftreten des bekannten Bankiers Hermann Abs, dem ein wichtiges Referat über die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt anvertraut worden war. Aus vielen Äußerungen konnte man vermuten, daß hier ein in diesem Rahmen neuer Mann der versammelten CDU-Gemeinde vorgestellt werden sollte, ein Mann, der als internationaler Finanzexperte und anerkannt guter Verhandler gilt. Offenbar soll er in absehbarer Zeit mit größeren politischen Aufgaben betraut werden. Abs entledigte sich seines Auftrags mit einem wohltemperierten, nach allen Seiten sorgfältig abgewogenen Vortrag, ganz gepflegter Sprecher und Diplomat. Ob hier ein künftiger Außenminister oder Außenhandelsminister kreiert werden sollte, weiß man natürlich nicht genau, die Umstände seines Auftretens

sprechen dafür. Adenauer hat immer eine Vorliebe für politisierende Bankiers gehabt, man denke nur an Pferdenges und McCloy.

Wohl vorbereitete Reden hielten neben Abs vor allem der Vorsitzende des außenpolitischen Bundestagsausschusses, Gerstenmaier, der Bundestagspräsident Ehlers und der katholische Theologe Prof. Höffner aus Münster. Die Minister Erhard und Storch fungierten diesmal mehr als Koreferenten, Wümmeling, es mag ihm schwer genug gefallen sein, trat überhaupt nicht auf.

Die gemessene, um nicht zu sagen herzlich langweilige Atmosphäre dieses Parteitages muß wohl dem Vorsitzenden nicht behagt haben. Jedenfalls war es Dr. Adenauer, der auf der Schlußkundgebung in einen schlimmen Wahlkampfjargon verfiel, Carlo Schmid's Straßburger Äußerung, die europäische Einigung dürfe nicht mit einem Stahlhelm-Europa beginnen, eine "geschmacklose und dumme Redensart" nannte und der SPD schlechthin vorwarf, sie habe mit dem deutschen Volk "Schindluder getrieben". Er hat damit die Methode der Verleumdungen erneuert, mit der er den Wahlkampf vor dem 6. September 1953 geführt hat und die ihm persönlich gerichteterweise bestätigt worden ist. - Freilich konnte man auch kaum etwas anderes erwarten, da Adenauer selbst im Bundestag, als er wegen der Schroth-Scharley-Angelegenheit zur Rede gestellt wurde, zur SPD gewandt erklärte: "Wenn Sie dieses Auftreten und Reden einige Millionen Stimmen gekostet hat, dann bin ich sehr froh darüber". - Einfach unwahre Behauptungen, wie die Bemerkung, die SPD habe im Ausland den Eindruck hervorgerufen, daß, wenn sie einmal an die Regierung kommen sollte, die Bundesrepublik nicht mehr treuer Partner sein und die Verträge über eine europäische Integration nicht halten würde, runden das Bild.

Der Parteitag der CDU war, politisch gesehen, eine recht müde Angelegenheit. Im übrigen war er eine Art Appell vor Adenauers Parteithron. Es war dabei bezeichnend, daß der Gefeierte selbst in diesen Tagen eine sehr viel sorgenvollere Miene zeigte, als das nach dem Grad der Lobpreisungen seiner Politik durch seine Freunde und Anhänger eigentlich angebracht war.

+ + +

Ärger um einen Balkanpakt

j.k. - Rom

"Jetzt werden die Italiener auch noch bockig", seufzte in der letzten Maiwoche zu Rom ein lebhafter amerikanischer Diplomat. Was ihn zu dieser unmutigen Äußerung veranlaßte, ist zweierlei. Erstens nämlich "bocken" die Italiener gegen den von Jugoslawien, Griechenland und der Türkei geplanten Balkanpakt, und zweitens lassen sie in der Behandlung des Triester Problems nicht locker.

Der Balkanpakt, der ein Geisteskind des griechischen Ministerpräsidenten Papagos ist, soll militärischen Charakter bekommen. Nun gibt es in der Satzung der NATO einen Paragraphen, der besagt, daß zur NATO gehörende Staaten keine militärischen Bündnisse mit Nicht-Mitgliedern der NATO abschließen dürfen - und während Griechenland sowie die Türkei Atlantikpakt-Staaten sind, das heißt zur NATO gehören, steht Jugoslawien außerhalb. Wahrscheinlich würde dieser Schönheitsfehler die italienische Regierung nicht sehr stören, wenn ihre eigenen Beziehungen zu Marschall Titos Reich besser wären als sie in Wirklichkeit sind, und daß sie so elend wurden, hängt zum größten Teil mit dem Streit um Triest zusammen.

Vor einigen Wochen schien es, als hätten die Diplomaten ein Mittel gefunden, diesen unseligen Streit zu beenden. Jedenfalls entstand damals der Eindruck, Jugoslawien sei bereit, Stadt und Hafen sowie die Zone "A" des Freistaates Triest an Italien fallen zu lassen, vorausgesetzt, daß ihm die "B"-Zone de jure als eigenes Gebiet überlassen wird (was de facto seit Jahren der Fall ist). Die Leute, die sich um eine Einigung bemühen, hatten die Überzeugung, damit sei Italien stillschweigend einverstanden.

Sehr bald zeigte sich jedoch, daß Jugoslawien noch ein paar andere Bedingungen stellte, auch zeigte es sich gegen Ende Mai, daß Italien durchaus nicht einverstanden war; im Gegenteil, der Ministerpräsident Scelba betonte in einer großen Rede, Italien gebe den Anspruch auf die B-Zone nicht auf. Diese Versteifung der Triest-Politik dürfte sehr eng mit dem erwähnten Plan der Bildung eines Balkanpaktes zusammenhängen, der den Italienern riskant scheint, und den sie daher bekämpfen, während er anscheinend in Washington und London als wichtiges Glied in der Sicherung Südosteuropas gilt. Da Amerika und England die Auffassung

der drei Balkanstaaten teilen, während sie, soweit man das bisher erkennen kann, die italienischen Bedenken ablehnen, spielte Scelba die Triestkarte aus, so als wollte er sagen: Uns Triest nicht zu geben - wie ursprünglich zugesagt - und dann noch obendrein mit Jugoslawien einen Pakt zu schließen, ist ein bißchen zu viel; also melde ich meine Ansprüche in aller Deutlichkeit wieder an.

Fraglos ist der Streit um Triest und den Balkanpakt ein kleines Problem, wenn man ihn mit den großen, die ganze Welt abgehenden Auseinandersetzungen um und in Ostasien vergleicht. Für Europa jedoch hat er Gewicht auch dann, wenn man den italienischen Gedankengang ablehnt. Der besagt im Grunde etwa folgendes: Greift morgen irgendein Nachbar, etwa Bulgarien, den Marschall Tito an, so müssen Griechen und Türken dem Belgrader Diktator zu Hilfe eilen; da diese Verbündeten jedoch gleichzeitig NATO-Verbündete Italiens sind, müßte Italien, ja müßte die gesamte NATO ebenfalls zum Kampfe antreten.

Rechtlich gesehen, ist dieser Gedankengang durchaus logisch; in der Praxis allerdings dürfte die Entwicklung auch in dem gedachten Muster-Fall anders sein. Dennoch schwächt der endlose Streit zwischen Belgrad und Rom die gesamte Stellung der Weststaaten in Europa, auch läßt sich kaum bestreiten, daß das Balkanbündnis sozusagen über den Kopf Italiens hinweg vorbereitet wurde. Da nun der Westen, gleichviel ob aus berechtigten oder unberechtigten Überlegungen, seine ursprüngliche Zusage einer Rückgabe Triests an Italien nicht hielt, sondern auch darin "über den Kopf Italiens hinweg" disponierte, befände sich jede italienische Regierung innenpolitisch in äußerst prekärer Lage. Dann es ist durchaus begreiflich, daß der Wähler seine Regierung einigermaßen ironisch fragt, ob dieser Staat nur noch eine Schachfigur sei oder ob er auch noch eigene Meinungen vertritt. Dergleichen Fragen können die Stellung einer Regierung auch dann gefährden, wenn sie nicht, wie das Kabinett Scelba, nur über eine winzige Mehrheit im Parlament verfügt.

+ + +

Legion Condor - eine kalte Rehabilitierung

Bw. Nachdem kürzlich an höchster Stelle der fragwürdige Spruch gefällt wurde, daß ausländische Soldaten der SS durch ihre Landkacchtdienste für Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit nicht nur im Dritten Reich sondern auch in der Bundesrepublik erworben haben, hat man uns nun auf dem kalten Wege der Dienstanzweisung die "Ehemaligen" der berühmten Legion Condor als 131-Kostgänger der Republik und ihrer Steuerzahler beschert.

Ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit und vor allem die jüngeren Generationen in der Bundesrepublik wissen mit diesem Namen wenig anzufangen. Ältere Zeitgenossen erinnern sich auch nur noch dunkel, daß es sich offenbar um eine Truppe handelte, die irgendwann einmal nach Spanien geschickt wurde um - natürlich - den Bolschewismus zu bekämpfen. Zwar gab es zu Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges nur 16 kommunistische Abgeordnete im republikanischen Parlament, und die Regierung wurde von dem konservativen Autonomisten der westspanischen Landschaft Galicia, Casares Quiroga, geleitet; aber über solche Zwirnsfäden demokratischer Gesetzlichkeit stolperte damals die "Volksaufklärung" weiland des Propagandaministers Goebbels nicht. Daher sind die Zusammenhänge der Entsendung der Legion Condor in der deutschen Öffentlichkeit reichlich dunkel.

Um sie aufzuhellen, braucht man allerdings nur die diplomatischen Dokumente nachzulesen, die in den von den Alliierten aus beschlagnahmten Archiven des Auswärtigen Amtes veröffentlicht wurden. Da erfährt man, daß es Hitler um jeden Preis darum zu tun war, dem politisch tüchtigen aber militärisch nicht sonderlich befähigten General Francisco Franco Bahamonde zum Siege zu verhelfen. Es galt nicht nur - was nicht gelang - Frankreich einzukreisen, sondern auch, dem totalitären Regierungsprinzip des Faschismus jenseits der Pyrenäen die Wege zu ebnen. Tatsächlich ist denn auch im heutigen Europa Spanien als letzte Bastion des faschistischen Totalitarismus übrig geblieben. In Spanien gibt es keine politische, keine gewerkschaftliche, ja nicht einmal Religionsfreiheit; in Spanien hat Herr von Papen bei seinen Besuchen eine gute Presse, wird Herr Hjalmar Schacht als das Finanzgenie dieses Jahrhunderts gefeiert; in Spanien wickelt Herr Skorzeny seine offenbar einträglichen, aber nicht immer durchsichtigen Geschäfte ab. In Spanien reisen deutsche Geschäftsvertreter herum, die im Knopfloch Auszeichnungen des Generals Franco tragen... aus jener

fernen Zeit der Legion Condor. Außerdem zahlt ihnen dann die Republik noch Wartegelder oder Pensionen als ehemaligen Berufssoldaten.

Der Streit, ob die Condorleute wirklich alle Berufssoldaten waren, geht natürlich an den Tatsachen und an allen politischen Gegebenheiten vorbei. Offiziell nahm das Dritte Reich ja an diesem Kriege gar nicht teil. Das wurde erst nach dem Sieg Francos zugegeben. Ja, es bestanden im August-September 1936 noch diplomatische Beziehungen mit der republikanischen Regierung, als deutsche Junker bereits-ebenfalls in deutschen diplomatischen Berichten zu lesen-das gegen Luftangriffe unverteidigte Madrid mit Bomben belegten und damit zum ersten Mal in der modernen Kriegsgeschichte den Kampf gegen die wehrlose Zivilbevölkerung begannen. Und unter den ungefähr vierzig deutschen Condorsoldaten, die bis Februar 1937 in die Gefangenschaft der republikanischen Armee gerieten, behauptete keiner, daß man ihn wider Willen nach Spanien geschickt habe. Sie waren überzeugte und fanatische Nazis und bekannten dies auch dem Feind gegenüber, der sie in Gewahrsam hielt.

Tatsächlich bedeutet daher die Anerkennung der Dienstzeit in Spanien der Condorsoldaten nichts anderes als eine kalte Rehabilitierung des Dritten Reiches und eine politische Rechtfertigung des blutigen Abenteurers, das Hitler und sein Freund Mussolini in Spanien unternahmen, um ganz Europa der faschistischen Diktatur zu unterwerfen.

+ + +

Geschädigte Westwallbauern müssen noch zum Bundesgericht

H.E.-Neustadt /Weinstraße

Zehnjähriges Jubiläum werden im nächsten Jahr die Trümmer feiern, die entlang des ehemaligen Westwalls wertvolle Ländereien noch immer ihrer landwirtschaftlichen Nutzung entziehen und den Schaden der Bauern, die die Eigentümer des Landes sind, von Jahr zu Jahr erhöhen. Vielleicht wird dann im Jubiläumsjahr endlich die letzte Gerichtsstanz der Bundesrepublik, das Bundesgericht in Karlsruhe, den um die Trümmer entstandenen Prozeß zwischen den betroffenen Bauern und der Bundesregierung entschieden haben.

Vorläufig steht der Prozeß jedoch beim Oberlandesgericht Rheinland-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße an, nachdem das Landgericht Zweibrücken vor längerer Zeit entschieden hatte, daß die Bunker zwar dem Bund gehören, aber ohne Einwilligung der Grundeigentümer nicht entschrottet werden dürfen. Die Bauern in der "Roten Zone" aber geben

ihre Einwilligung nicht, denn sie wissen, daß die Stahlgerüste in den Bunkern trotz gesunkener Schrottpreise immer noch einen beachtlichen Wert besitzen, der groß genug wäre, neben der Säuberung der verbauten Felder auch noch - als Entschädigung gewissermaßen - ein besseres Wegenetz zu finanzieren.

Diese Überlegungen hatten bei der pfälzischen Bezirksregierung schon vor Jahren einen konkreten Plan reifen lassen, der leider durch die Haltung der Bundesregierung bis jetzt hatte verstauben müssen. Damals hatte die Bundesregierung bei besseren Schrottpreisen noch andere Pläne, nämlich die einfache Entschrottung mit einem guten Gewinn für die Bundeskasse. Allerdings aber auch mit einer unverständlichen Rücksichtslosigkeit gegenüber den leidtragenden Bauern, die hätten zusehen müssen, wo sie geblieben wären. Jetzt wirkt sich der damalige Eigenwitz zum Schaden der Bundeskasse aus, da die Bundesvermögensverwaltung damals bereits Verträge mit Entschrottungs-Firmen abgeschlossen hatte, die sie bis zur Rechtsentscheidung nicht einhalten kann, und die ihr wahrscheinlich neue Prozesse bringen werden.

Nach dem Zusammenbruch waren zahlreiche Bunker "wild" entschrottet worden. Dann setzten einige sogenannte "Vertragsfirmen" das Wert fort. Über beide waren die Bauern verärgert, denn jeder ließ die wertlosen, aber gewichtigen und umfangreichen Zementbrocken auf den Feldern liegen. Dieser unhaltbare Zustand zwang die Bauern zum "Schrott-Krieg". Außerdem erwarten sie eine Nutzungsentschädigung für ihr Gelände. In den Augen der Bewohner der "Roten Zone" bedeuten die Trümmer auf den zum Teil wertvollen Feldern ein "Schandmal" in doppeltem Sinne: Als Beweis einer "phantasielosen Starrköpfigkeit" und wegen der unglückseligen psychologischen Wirkung, die dieses Bild der noch immer kriegsgezeichneten Landschaft bietet.

Vorläufig wird nach allgemeiner Meinung der ganze "Schrott-Krieg" noch lange verfahren bleiben. Dem Entscheid des Oberlandesgerichts, der Mitte Juni erwartet wird, sehen nicht viele mit Spannung entgegen, da die Parteien bereits vor der Berufung die Zulassung einer weiteren Revisionsmöglichkeit beantragten. Auch liegt nach Ansicht des Senatspräsidenten der ganze Prozeß "irgendwie schief". Nach seiner Ansicht ist nicht entscheidend, wer Bunkerbesitzer ist - die zur Zeit noch offizielle Streitfrage - sondern ob entschrottet werden darf und zugleich mit der Entschrottung der ganze Bunker von dem Ackerland beseitigt werden muß. - Vielleicht aber wird, wenn man in Bonn nicht vorher ein Einsehen hat, von dieser Frage aus der Prozeß-Wurm noch einmal von vorne aufgerollt.